

Stellungnahme zum Bericht „Antimuslimischer Rassismus in der Österreichischen Politik 2018“

19.1.2019

Univ.-Prof. Dr. Birgit Sauer, Institut für Politikwissenschaft

Der Bericht schildert in eindrücklicher Weise die Formen, Bilder und Argumentationsmechanismen eines sich in der österreichischen Politik etablierenden anti-muslimischen Rassismus. Die im Bericht identifizierten Hauptakteure dieser rassistischen Kampagnen entstammen alle der Regierungspartei FPÖ, namentlich Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus, Harald Vilimsky und Manfred Haimbuchner. Der Bericht systematisiert die verschiedenen Formen des anti-muslimischen Rassismus in der österreichischen Politik und ist damit in der Lage, die Vielfältigkeit dieser Diffamierungsstrategie deutlich zu machen (S. 10f.).

Der Bericht geht von einer Definition von Rassismus aus, der eine Bevölkerungsgruppe in Österreich – nämlich Muslime – als Gruppe versäntlicht, mit dem Ziel, diese zu stigmatisieren und auszuschließen. Meines Erachtens ist der Begriff des „Rassismus“ adäquat, weil Konzepte wie Islamophobie oder Muslimfeindlichkeit nicht die Prozesse deutlich machen, mit denen eine Gruppe in den Debatten überhaupt erst konstruiert bzw. geschaffen wird, mit dem Ziel, diese Menschen zu diskriminieren, zu stigmatisieren, um sie dann aus der österreichischen Gesellschaft auszuschließen. Rassismus formiert überhaupt erst das Objekt – dies gibt es so nicht – im anti-muslimischen Rassismus sind es „die Muslime“ in Österreich oder auch auf der Welt, die als einheitliche Gruppe so nicht existieren: Die im Bericht angeführten Beispiele zielen z.B. auf österreichische Staatsbürger_innen mit z.B. türkischen Wurzeln, auf türkische Staatsbürger_innen, aber auch generell auf „Ausländer“ oder „als „Andere“ markierte Menschen, auch auf EU-Staatsbürger_innen ab. Der Rassismusbegriff ist angemessen und macht die Ziele und Instrumente der Kampagnen deutlich. Kurzum: Das Konzept des Rassismus, wie es im Bericht verwendet, macht diese absichtlichen strategischen Konstruktions- und Verleumdungsprozesse sichtbar.

Vor dem Hintergrund einer soliden Definition von anti-muslimischen Rassismus präsentiert und klassifiziert der Bericht verbale bzw. schriftliche Einlassungen und Bildstrecken der o.a. Hauptakteure.

Die Kampagnen zielen auf die Verächtlichmachung und Herabwürdigung der konstruierten Gruppe. Diese Menschen werden in den Kampagnen darüber hinaus als Gefahr für z.B. die Sicherheit der Österreicher_innen präsentiert – dies wird am Beschwören der „Islamisierung“ deutlich (u.a. S. 13). Behauptet wird eine Gefahr der österreichischen „Identität“ (z.B. durch die Häufigkeit des Namens Muhammed), viele Beispiele belegen die plump-populistische Angstmache.

Die rassistischen Kampagnen sprechen diesen so markierten Menschen nicht nur das Recht auf einen Aufenthalt in Österreich ab, sie sprechen ihnen vielmehr ihr Menschsein ab. Dies macht die Gefahr für die österreichische Demokratie und den österreichischen Rechtsstaat

aus; die Kampagnen sind anti-demokratisch – dies belegt der Bericht eindrücklich und systematisch.

Auch „femonationalistische“ (Sara Farris) Argumente werden bemüht: Die muslimischen Männer werden als besonders emanzipationsfeindlich dargestellt (S. 15).

Der Bericht zeigt, dass die Kampagnen auch Lügen und Falschmeldungen benutzt, wenn z.B. falsche Zusammenhänge zwischen Muslim_innen und Familienbeihilfen (die nur EU-Bürger_innen betreffen) hergestellt werden (S. 27-29, auch S. 16). Die Akteure scheuen auch nicht vor faschistischer Begrifflichkeit zurück – wenn z.B. vom „gezielten Bevölkerungsaustausch“ (ein Konzept von Renaud Camus) die Rede ist (S. 8).

Der Bericht macht eindrücklich klar, dass in Bezug auf antimuslimischen Rassismus so etwas wie ein „Normalisierungsprozess“ oder ein Gewöhnungsprozess in Österreich stattgefunden hat, werden doch nahezu täglich solche rassistischen Äußerungen in Wort und Bild veröffentlicht.

Mit seiner konzeptuellen Grundlage und den angeführten Beispielen kann der Bericht einen akuten anti-rassistischen Handlungsbedarf deutlich machen, sind doch die rassistischen Strategien einer Regierungspartei nicht nur eine Herausforderung, sondern eine Gefährdung der österreichischen Demokratie, da sie die Menschen- und Bürgerrechte jener als Muslime konstruierten Gruppe – als zu ‚Anderen‘ gemachten Menschen – massiv in Frage stellt und damit die Pluralität und Offenheit der österreichischen Gesellschaft, eine Grundvoraussetzung von Demokratie, in Frage stellt. Aktives Handeln und eine Bekämpfung von Rassismus ist nicht zuletzt Aufgabe einer demokratischen Regierung.